



## Integration durch Sport nachhaltig stärken



In Deutschland leben mehr als 15 Millionen Menschen mit Migrationshintergrund. Der Sport leistet zur Integration von Menschen in Deutschland einen unverzichtbaren Beitrag. Insbesondere der Breitensport ermöglicht eine ganzheitliche Entwicklung der Persönlichkeit und schafft damit auch die individuellen Voraussetzungen für eine erfolgreiche Integration. Der Sport bringt Menschen unabhängig von Geschlecht, Alter, sozialem Status, religiöser oder politischer Anschauung, körperlichen Voraussetzungen

oder Herkunft in bundesweit über 91.000 Vereinen zusammen. Damit erbringt der Sport eine unschätzbare gesellschaftliche Integrationsleistung.

Diskriminierung und Rassismus dürfen im Sport keinen Platz haben. So müssen aufkeimendem Rassismus und Fremdenfeindlichkeit weiterhin durch Solidarität und Zivilcourage begegnet werden. Die vielfältigen Initiativen der Vereine, der Verbände, der organisierten Fans in den Stadien und der Fanprojekte gegen Rassismus, Ausgrenzung oder Homophobie müssen noch besser unterstützt und miteinander vernetzt werden. Eine weiterhin in den Vordergrund zu stellende, klare Positionierung der Vereine zu Respekt und Toleranz ist dazu dringend erforderlich, nicht zuletzt, um auch die eigene Jugendarbeit auf eine werteorientierte Grundlage zu stellen. Mit beispielsweise Änderungen in den Vereinssatzungen oder Anpassungen in den Stadionordnungen haben viele Vereine in der letzten Zeit auf integrative Entwicklungen reagiert.

Integration gelingt durch Sport häufig schneller und problemloser als in allen anderen gesellschaftlichen Bereichen. Der vorbildhafte Charakter von (Spitzen- und Breiten-)Sportlern – mit und ohne Migrationshintergrund – darf nicht unterschätzt werden. Sie können Anstoß für Menschen sein, sich selbst im sportlichen Bereich zu engagieren und zur Integration beizutragen. Aber auch im Sport ist gelungene Integration kein Automatismus. Integration lebt von offenen und toleranten Menschen, die neugierig sind und sich füreinander interessieren.

In dem Antrag der CDU/CSU-Fraktion fordert der Bundestag die Bundesregierung auf, die bereits bestehenden Integrationsprogramme (des Bundes) zu stärken und dabei die sportwissenschaftliche Expertise noch stärker einzubeziehen. Ferner sollen verstärkt Projekte gefördert werden, die die Übertragung von Integrationserfolgen im Sport auf andere Lebensbereiche unterstützen. Bei einer Fortführung des „Nationalen Aktionsplans Integration“ soll der Sport weiter angemessen berücksichtigt werden. Überdies wird eine weitere wissenschaftliche Begleitung der Integrationsbemühungen im Sport durch das Bundesinstitut für Sportwissenschaft (BISp) gefordert. Auch wird angewiesen, sich zusammen mit dem Deutschen Olympischen Sportbund (DOSB), der Deutschen Olympischen Akademie (DOA), der Deutschen Sportjugend (DSJ) und anderen relevanten Spitzenverbänden für die Stärkung der Integration und der interkulturellen Kompetenzen einzusetzen. Das Programm „Integration durch Sport“ soll auf einem höheren Niveau (als derzeit) mit Bundesmitteln gefördert werden. Nicht zuletzt wird in dem Antrag genannt, den organisierten Sport bei der Gewinnung und Qualifizierung von ehrenamtlich Engagierten mit Migrationshintergrund kraftvoll zu unterstützen.

Foto: R.B./pixelio.de

Sehr geehrte Damen und Herren,  
liebe Freunde,



ich habe mich in dieser Woche sehr über die Nachricht aus dem Bundesfamilienministerium (BMFSFJ) gefreut, dass vier Projekte aus dem Kreis Warendorf, die sich beim Ministerium im Rahmen der Ausschreibung „Anlaufstellen für ältere

Menschen“ beworben hatten, den Zuschlag erhalten. Gefördert werden die Stadt Beckum mit ihrem Projekt „Hier bei uns – Stärkung nachbarschaftlicher Strukturen“ mit 20.000 €, der AWO Unterbezirk Hamm-Warendorf mit dem Projekt „Einsamkeit entgegenwirken – neue Zielgruppen im Fokus“ mit 20.000 €, die Stadt Ahlen mit dem gleichen Projekt wie die AWO mit 15.000 € und die Stadt Warendorf für ihre Konzeptentwicklung mit 10.000 €.

Das BMFSFJ hatte Projekte gesucht, die im unmittelbaren Lebensumfeld Angebote fördern, die Teilhabe und Engagement, aber im Bedarfsfall auch Hilfe, Betreuung und Pflege ermöglichen. Dabei ging es dem Ministerium auch um die Einbindung bürgerschaftlichen Engagements und Vernetzung mit anderen Angeboten vor Ort. Es ist ein großer Erfolg, dass gleich vier Initiativen aus dem Kreis Warendorf ausgewählt wurden. Dies unterstreicht ihre hohe fachliche Qualität und einen vorbildlichen Praxisbezug. Die Projekte unterstützen das Ziel der Demografietrategie der Bundesregierung, Bürgerinnen und Bürgern ein selbstbestimmtes Leben so lange wie möglich im vertrauten Wohnumfeld zu ermöglichen.

Diese und weitere Themen und Termine begleiteten meine Arbeit in dieser Woche in Berlin:

- Klausurtagung der AG Verkehr: Rück- und Ausblick auf die 17. und 18. Legislaturperiode
- Informationsgespräch mit der AG Verkehr beim Bundesverband deutscher Omnibusunternehmen
- Münsterlandrunde
- Sommerfest der Unionsfraktion im Zollpachhof
- Gedenkstunde im Plenum zum 60. Jahrestag des Volksaufstandes vom 17.06.1953

Ich wünsche Ihnen weiterhin eine interessante Lektüre des Newsletters und möchte Sie zudem auf meine Homepage [www.cdu-sendker.de](http://www.cdu-sendker.de) hinweisen.

Ihr

Reinhold Sendker MdB



## Realität bestätigt Ziele der Minijob-Reform

Mehr soziale Sicherheit, mehr Verdienst, mehr Altersvorsorge

**Immer mehr Minijobber sind rentenversicherungspflichtig beschäftigt. Dies zeigen die Zahlen der Minijobzentrale in Essen. Dazu erklärt der arbeitsmarkt- und sozialpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Karl Schiewerling:**

„Die Prognosen und Erwartungen der Koalition zur Mini-Job-Reform haben sich vollends erfüllt. Immer mehr Minijobber nutzen ihren Verdienst auch zum Aufbau ihrer Altersvorsorge. Mehr soziale Sicherheit erreichen, mehr Verdienst ermöglichen, mehr Altersvorsorge schaffen - genau diese Zielsetzung hatte die christlich-liberale Koalition bei der Reform der Minijobs verfolgt. Neben der Erhöhung der Verdienstgrenze hatte die Koalition die obligatorische Rentenversicherung für neue Minijobs eingeführt. Der enorme Anstieg der Beitragszahlen im Bereich der geringfügigen Beschäftigung im 1. Quartal belegt sehr gut, dass die Reform der Koalition zielgerichtet und passgenau auf die Bedürfnisse der Menschen zugeschnitten war und ist.

Und auch eine zweite Prognose und Erwartung hat sich mit Blick auf diese Zahlen bestätigt: Die Zahl der Minijobber ist trotz der erhöhten Verdienstgrenze nicht gestiegen. Im Gegenteil: Die Zahl der Minijobber im gewerblichen Bereich ist sogar leicht zurückgegangen. Von angeblich noch mehr Verdrängungseffekten von Voll- oder Teilzeitstellen kann also keinerlei Rede sein.

Diese eindeutigen Werte strafen in der Realität auch die haltlosen Befürchtungen aus den Reihen der Opposition von damals. Auch hier überwiegen positive Effekte. Wie zum Beispiel, dass immer mehr haushaltnahe Dienstleistungen aus dem Bereich der Schattenwirtschaft herauskommen. Der Anstieg der Minijobber um 5,7 Prozent in Privathaushalten im 1. Quartal ist ein klarer Beleg dafür.“

Foto: CDU/CSU-Fraktion

## Tourismuspolitischer Bericht der Bundesregierung

Der Bericht der Bundesregierung zeigt die Tourismuswirtschaft in Deutschland als ökonomisches Schwergewicht und Jobmotor mit 2,9 Millionen Erwerbstätigen, nahezu 100 Milliarden Euro Bruttowertschöpfung sowie fast 280 Milliarden Euro Konsumausgaben, wovon 20 Prozent von Geschäftsreisenden stammen. Die Ergebnisse des Tourismusjahres 2012 in Deutschland waren mit über 407 Millionen Gästeübernachtungen hervorragend. Besondere Dynamik kam dabei mit einem Zuwachs von über 8 Prozent aus dem Ausland.

Er ist eine eindrucksvolle Bilanz dessen, was die Bundesregierung in den letzten vier Jahren auf diesen Gebieten erreicht hat, obwohl Tourismuspolitik grundsätzlich Ländersache ist und der Bund nur für die Rahmenbedingungen zuständig ist.

Der Bericht macht deutlich, wo die Bundesregierung Schwerpunkte gesetzt hat: Dazu gehört zunächst auf Initiative des Bundeswirtschaftsministeriums das Projekt Tourismus-Satellitenkonto, einer Studie, mithilfe derer zum ersten Mal der ökonomische Stellenwert innerhalb der deutschen Wirtschaft nachgewiesen werden konnte.

Dazu gehören ebenso: die Förderung des barrierefreien Tourismus; der Einsatz für einen sozial verantwortlichen und nachhaltigen Tourismus und die Förderung des Tourismus in ländlichen Räumen, „Tourismusperspektiven in ländlichen Räumen“ mit vielfältigen Aktivitäten, der den Akteuren konkrete Handlungsempfehlungen an die Hand geben konnte mit Hilfe von „Best Practice Beispielen“.

### Impressum:

Ausgabe Nr. 11/2013  
13. Juni 2013

**Landesgruppe NRW**  
der CDU/CSU-Fraktion im  
Deutschen Bundestag  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Tel.: 030/ 227-58956  
Fax: 030/ 227-76421  
Email:  
[fabian.bleck@cducsu.de](mailto:fabian.bleck@cducsu.de)

### Redaktion/ V.i.S.d.P:

Karl-Heinz Aufmuth  
Fabian Bleck